

Unser Freundschaftsvertrag - ein Faktor, mit dem wir rechnen

Von Dipl.-Ing. Reichert, Werkleiter des VEB Drehmaschinenwerk

In der Entscheidung des 5. Plenums des ZK der SED heißt es zum Inhalt der sozialistischen Rekonstruktion, daß er... in der rationalsten Organisation der Produktion auf der Basis des höchsten Standes von Wissenschaft und Technik und in der vollen Nutzung aller schöpferischen Initiative der Werktätigen... besteht. Unser VEB Drehmaschinenwerk Leipzig hat günstige Voraussetzungen, die rationalste Produktion durchzusetzen, weil wir uns durch den Freundschaftsvertrag mit der Karl-Marx-Universität engstens mit den wissenschaftlichen Instituten, die für diesen Fragenkomplex kompetent sind, verbunden haben. Wir wissen diese Tatsache zu schätzen, weil die Aufgabenstellung für unseren Betrieb nicht klein ist und wir den derzeitigen Stand der Produktionsorganisation, der Technologie usw. und unsere Fähigkeiten, die schöpferische Initiative der Werktätigen voll wirksam werden zu lassen, richtig einschätzen. Wir erkennen, daß noch sehr viel verändert werden muß, um der Aufgabe gerecht zu werden.

Wir haben bis 1965 im Vergleich zu 1958 die Bruttoproduktion auf 535,5 Prozent und die Warenproduktion auf 600,7 Prozent zu erhöhen. Dabei wird die Arbeitsproduktivität auf 257 Prozent gesteigert. Das wird nur durch die Anwendung rationaler Fertigerungsverfahren möglich sein, und das setzt wieder die weitgehendste Standardisierung unserer Erzeugnisse voraus. Gebaut werden im VEB Drehmaschinenwerk Leipzig in einem ziemlich umfangreichen Sortiment vier- und sechsspindelige Stangen- und Futterautomaten, mechanisch, elektrisch oder lötlkarten-gesteuerte Revolverdrehmaschinen in verschiedenen Größen und ab 1961 einspindelige Abstech- und Formel-drehautomaten.

Die Aufgabe besteht darin, dieses Sortiment in Rahmengrößen oder Baugruppen zusammenzufassen, um die für eine rationelle Technologie notwendigen Stückzahlen bei der Teilefertigung zu erhalten. Die angestrebte Steigerung der Produktion bedeutet also vor allem, noch nicht vorhandenes konstruktiv zu entwickeln, als Muster zu bauen, zu erproben, serienreif zu gestalten und dann in Serie zu produzieren.

Dabei muß auch hier die Entscheidung des 5. Plenums des ZK der SED Arbeitsgrundlage sein, wonach dann, wenn es die Ergebnisse der Entwicklung, Jung- und Konstruktionsarbeiten gestalten, die konventionellen Etappen zu überspringen sind und die Entwicklungsstufen ineinanderzueilen müssen, statt aufeinander zu folgen. Das aber ist eine Frage der Qualifikation der technischen Kader und der Arbeiter setzt die bewußte Erkenntnis voraus, daß alle Erzeugnisse unserer Betriebe in kürzester Zeit dem Höchststand der Technik entsprechen müssen.

Der Freundschaftsvertrag sieht u. a. die Unterstützung des Betriebes durch das Institut für Pädagogik beim Aufbau einer Betriebsakademie und dann in der Lehrtätigkeit auch durch andere Institute vor. Wir haben noch nicht begonnen, aber wir müssen uns die Aufgabe stellen, im Monat Oktober alles vorzubereiten, daß im November der Unterricht beginnen kann. Gemeinsam wird uns das möglich werden.

Die angegebene Steigerung der Produktion wird ohne Erweiterung der Produktionsfläche erreicht werden müssen, d. h. wir werden im wesentlichen den zweiten Weg der Rekonstruktion beschreiten und das bei uns Vorhandene besser ausnutzen, vom Einsatz einiger rationaler Bearbeitungsmaschinen abgesehen

Die Steigerung der Produktion ohne Flächenzuwachs bedeutet aber, den Ausstoß pro qm Produktionsfläche auf 283,4 Prozent zu erhöhen, die Durchlaufzeit unserer Erzeugnisse auf 28,3 Prozent zu reduzieren.

Das innerbetriebliche Transportwesen und die Produktionsorganisation müssen zur Erreichung dieses Zieles umgestaltet werden. Wohl sind bestimmte Vorstellungen vorhanden, wie das möglich ist, aber diese Probleme sind nicht irgendwann, sondern jetzt zu lösen. Wir können nicht so arbeiten, daß wir die Pläne 1963/64 erfüllen, sondern wir haben unseren Anteil zur Lösung der ökonomischen Hauptaufgabe beizutragen, und das ist für uns als werkzeugmaschinenbaubetrieb keine Geringfügigkeit. Die Zusammenarbeit mit der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät ist deshalb schnell aus den bestehenden Anfängen heraus weiter zu entwickeln.

Die ganze Aufgabenstellung wird kompliziert durch die im Monat Juni durchgeführte räumliche Zusammenlegung des VEB Centex und des VEB Drehmaschinenwerk. Die Zusammenlegung brachte, da gleichzeitig die Hydraulikproduktion des VEB Centex ausgegliedert wurde, die Spezialisierung des Betriebes mit dem oben bereits erläuterten Produktionsprogramm.

Hinsichtlich ihrer Entwicklung wurden zwei völlig unterschiedliche Betriebe zusammengefügt, die jedoch beide die Klein-Serien- oder gar die Einzelfertigung zur Grundlage hatten. Die Ingenieure und Wirtschaftler, die Arbeiter und die Angestellten kannten die dazu notwendige Organisation und waren darauf eingestellt. Durch die Zusammenlegung ist schlagartig ein Großbetrieb entstanden, aber die Technologie, die Produktionsorganisation, die gesamte Betriebsorganisation ist nicht so plötzlich die eines Großbetriebes geworden.

Der materielle technische Teil der Zusammenlegung wurde ausgezeichnet beherrscht, vorfristig realisiert. Das hat seine Ursache in der guten Vorbereitung und in der Einbeziehung breiter Kreise der Belegschaft in der Vorbereitungsarbeit. Aber ungenügend wurden die Dinge vorbereitet, die das Zusammenfinden bei der Belegschaft schnellstens ermöglichen. So die politisch-ideologische Vorbereitungsarbeit, das Eingehen auf persönliche Belange, überhaupt die ganze spezifische Arbeit mit den Menschen, um die innere Bereitschaft bei allen zu erzielen, mit Begeisterung, Initiative und Umsicht an den neuen Aufgaben mitzuwirken. Das bedeutet, daß die leitenden Mitarbeiter des Werkes immer noch mehr Verwalter von Sachen und noch zu wenig Leiter von Kollektiven von Menschen sind; ein wichtiges Prinzip der sozialistischen Lenkung und Leitung wurde also noch nicht genügend wirksam.

Unser neu entstandener Betrieb, für den auch zutrifft, daß... bei der Umstellung der Produktion im Rahmen der Spezialisierung und Konzentration kein Produktionsausfall... eintreten darf, wie in der Entscheidung des 5. Plenums des ZK der SED gesagt wird, hat nunmehr im Vergleich zu 1958 in der Bruttoproduktion eine Zuwachsrate von 95 Prozent zu erharleben. Die Warenproduktion wird auf 225 Prozent gesteigert und die Arbeitsproduktivität auf 131,5 Prozent.

Die Aufgabenstellung des Betriebes beim Aufbau des Sozialismus, die Situation nach der Zusammenlegung und die derzeitigen zu lösenden Planaufgaben machen so recht die Bedeutung des Freundschaftsvertrages sichtbar; aber auch die Notwendigkeit, nicht länger zu zögern.



Genosse Walter Ulbricht im Gespräch mit Prof. Dr. Thiessen und Dr. Lepsius (Schweden).

Staat und Wissenschaft

Von Dr. Menzel, Institut für Staats- und Verwaltungsrecht der Juristenfakultät

Dem Aufruf der Universitäts-Gewerkschaftsleitung, den 10. Jahrestag der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik und das Jubiläum der Karl-Marx-Universität mit neuen großen Erfolgen in Forschung, Lehre und Erziehung zu begehen, sind Professoren, Dozenten und Assistenten durch Übernahme zahlreicher Verpflichtungen nachgekommen. Das veranschaulicht, wie der Prozeß des Umdenkens an unserer Universität, unzufällig voranschreitet. Auf dem Weg zum neuen, wie unter dem Eindruck der persönlichen Erfahrungen in unserer gesellschaftlichen Praxis und durch die Auseinandersetzung mit den Problemen, unsere Zeit jene Auffassung in immer breiteren Kreisen der Wissenschaftler zur eigenen Überzeugung reift, die in den Thesen des Politbüros des ZK der SED zum 10. Jahrestag der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik in die Worte gekleidet ist: „Nur in der Deutschen Demokratischen Republik, dem Staat der Arbeiter und Bauern, hat die Intelligenz eine wirkliche Heimstätte.“

Sozialismus — freie Entfaltung der Wissenschaft

Die in unserer Republik herrschende Arbeiterklasse, die von der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands geführt wird, ist mit der Weltanschauung des Marxismus-Leninismus ausgerüstet. Die Arbeiterklasse, ihre Partei und ihr Herrschaftsinstrument, die sozialistische Staatsmacht, handeln nach dieser Wissenschaft von den grundlegenden Gesetzen der Natur, der Gesellschaft und des Denkens. Der Marxismus-Leninismus befähigt sie, die objektiven Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung zu erkennen sowie auf ihrer Grundlage, tätig zu sein. Mit dem Siebenjahrplan führen sie die ganze Bevölkerung unserer Republik auf den Weg des entfalteten sozialistischen Aufbaus.

Die sozialistische Gesellschaft hebt die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen für immer auf. Sie ist deshalb zutiefst human und folglich mit jeder echten Wissenschaft, die dem Wohle der ganzen Menschheit dient, unauflöslich verbunden. Die sozialistische Staatsmacht gewährleistet, daß die Ergebnisse der Wissenschaft nicht den Kräften ausgeliefert werden, die Not und Verderben über die einfachen Menschen in der ganzen Welt bringen. Die mit der sozialistischen Staatsmacht geschaffenen Bedingungen schließen die Abhängigkeit der Wissenschaft von monopolistischen Profitinteressen aus, denen letzten Endes der Drang nach der Erweiterung der Einflusssphären auch mit den Mitteln des Krieges inneohnt. Sie schließen die Abhängigkeit von den im imperialistischen Staat tätigen Geschäftsführern der Monopole, wie wir sie in der Gestalt Adenauers, Strauß' und Schröders kennen, aus. Mit der sozialistischen Staatsmacht ist die Grundvoraussetzung für die Freiheit der Wissenschaft von allen Ideologien gegeben, die allein dazu dienen, die Herrschaft der Monopole, die Herrschaft des Imperialismus zu rechtfertigen und aufrecht zu erhalten. Die Arbeiterklasse hat an der Verschleierung der objektiven Zusammenhänge keinerlei Interesse. Die planmäßige Entwicklung der Produktivkräfte, die auf dem Erkennen und Ausnutzen der objektiven Gesetzmäßigkeiten durch die sozialistische Staatsmacht beruht, gibt dem wissenschaftlichen Vorwärtstreiben ungeschränkt die Bahn frei. In all dem liegen Realität und Inhalt des Grundrechts der Freiheit

der Wissenschaft im ersten deutschen Arbeiter- und Bauern-Staat.

Es nimmt nicht wunder, daß die in Bonn und Umgebung ansässigen Erbpächter der „Freiheit“ lauthals einen Ausschließlichkeitsanspruch der bürgerlichen Ordnung auch auf die Freiheit der Wissenschaft verkünden. Sie hoffen, besonders die in bürgerlichen Illusionen befangenen Kreise der Intelligenz darüber hinwegzutäuschen, daß das im Bonner Grundgesetz verbriefte Grundrecht der Wissenschaftsfreiheit angesichts der Weisungen, die entweder direkt von den Monopolen, von den unverbesslichen Militaristen und Revanchisten sowie vom Klerus und indirekt über die staatlichen Organe des Westzonenstaates gegeben werden, und besonders angesichts der eingesetzten ideologischen und materiellen Druckmittel jeder Realität entbehren. Unter der kirchlich-militaristischen Diktatur der reaktionären und revanchistischen Kreise des deutschen Imperialismus eignen sich die Monopole und ihr Interessensvertreter, der Bonner Staat, die Ergebnisse der Wissenschaft an und missbrauchen sie zu antihumanistischen Zwecken.

Freiheit der Wissenschaft, Nutzung der Früchte des forschenden Geistes zum Wohl der Menschheit kann es in einem Staate, wo die nach den objektiven historischen Bewegungsgesetzen zur Führung der Gesellschaft berufene Klasse, die Arbeiterklasse, unterdrückt wird, nicht geben.

Bei uns sind die Grundrechte ihrem Inhalt nach Rechte auf Mitbestimmung des gesellschaftlichen Lebens in der Deutschen Demokratischen Republik. Das Grundrecht der Wissenschaftsfreiheit beinhaltet die Freiheit von antihumanistischen, wissenschaftsfeindlichen Einflüssen und die Gewähr für ein ungehindertes Vorschreiten der Wissenschaft. Es beinhaltet, da der Antagonismus zwischen Staat und Wissenschaft beseitigt ist und der sozialistische Staat die Gesellschaft nach den erkannten objektiven Gesetzmäßigkeiten bewußt leitet, das Recht auf aktive Mitgestaltung des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens durch Forschung und Lehre, als den hauptsächlichsten Aueßerungsformen der Wissenschaft.

Mitverantwortung bei Staatsleitung

Unter den Bedingungen der Arbeiter- und Bauern-Macht haben die Wissenschaftler nicht nur das Recht, sondern auch alle Möglichkeiten, an der Leitung von Staat und Gesellschaft aktiv mitzuwirken. Das geschieht, neben der Mitwirkung in Volksvertretungen und deren Organen, in verschiedenen Organisationsformen, deren wichtigste der Forschungsrat der Deutschen Demokratischen Republik ist, der sich fast ausschließlich aus führenden Vertretern der naturwissenschaftlich-technischen Forschung und Lehre zusammensetzt. Zu seinen Befugnissen gehört die Perspektive der wissenschaftlichen Forschung festzulegen, die naturwissenschaftlich-technische Forschung zu koordinieren sowie über den Plan für Forschung und Technik zu beraten mit der Folge, daß gegen oder ohne diese Stellungnahme keine staatlichen Mittel für Forschung und Technik vom Ministerrat zu Verfügung gestellt werden.

Neben dem Forschungsrat sind es die zentralen Arbeitskreise für Forschung und Technik, die ihrer Zusammensetzung wie ihren Befugnissen nach sowohl eine aktive Wissenschaftsverwaltung durch die Gelehrten wie auch deren entscheidende Mitwirkung in der staatlichen Lei-

tung der Volkswirtschaft demonstrieren. Die in ihnen tätigen Wissenschaftler nehmen durch ihre Gutachten, Vorschläge, Empfehlungen und Stellungnahmen aktiven, bestimmenden und entscheidenden Anteil an der Entwicklung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in der Deutschen Demokratischen Republik.

Sind Forschungsrat und zentrale Arbeitskreise Organisationsformen, in denen sich aktive Wissenschaftsverwaltung und weitestgehende Einbeziehung der Wissenschaftler in die staatliche Wirtschaftsleitung vereinigen, tritt auf dem Gebiet der Hochschulpolitik die Mitwirkung der Wissenschaftler insbesondere in ihrer Beteiligung an der Arbeit der wissenschaftlichen Beiräte beim Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen entsprechend den Fachrichtungen, die an den Universitäten und Hochschulen der Deutschen Demokratischen Republik beheimatet sind, zu Tage.

Wissenschaftliche Beiräte — Tribüne des Erfahrungsaustausches

Zahlreiche Gelehrte unserer Karl-Marx-Universität gehören diesen Beiräten an. Die wissenschaftlichen Beiräte sind die typische Organisationsform, in der sich die Verantwortung der Hochschullehrer für die Hochschulpolitik und ihre aktive Tätigkeit in der Wissenschaftsverwaltung manifestieren. Die etwa 50 Beiräte, die eine Mitgliederzahl von jeweils 15 bis 20 haben, sind die Stätten, in denen die Hochschullehrer ihre Ideen und Anregungen zur Hochschulpolitik austauschen und weitergeben, in denen sie die Gedanken zur Hochschulpolitik hören, die die leitenden Organe der Partei der Arbeiterklasse und die Regierung entwickeln, und in denen die Maßnahmen zur Verwirklichung der Hochschulpolitik in der speziellen Fachrichtung erwoogen und beraten werden.

Selbstverantwortung und aktive Wissenschaftsverwaltung im Bereich des Hochschulwesens sind auch an den Universitäten und Hochschulen wie an ihren Fakultäten und Einrichtungen lebendig, wobei vor allem die Arbeit der Räte der Fakultäten Erwähnung finden muß. Schließlich darf nicht unberücksichtigt bleiben, daß eine aktive Mitwirkung an der Gestaltung und Durchführung der Hochschulpolitik und Wissenschaftsverwaltung in dem Anteil zum Ausdruck kommen, den die Wissenschaftler an der Arbeit der Gewerkschaft Wissenschaft nehmen, die ihre Hauptaufgabe darin sieht, die Erfüllung der staatlichen Pläne der Universitäten und Hochschulen und damit die Erhöhung der wissenschaftlichen Leistungen mit den ihr gegebenen Mitteln maximal zu unterstützen. Die an der Karl-Marx-Universität im Jubiläumsjahr erfolgte Ausarbeitung des Perspektivplanes bis zum Jahre 1965 und seine Diskussion, deren Trägerin die Gewerkschaft war, sind als der unmittelbarste Ausdruck aktiver und entscheidender Mitwirkung an Hochschulpolitik und Wissenschaftsverwaltung zu werten.

Frei entfalten die Hochschullehrer in Forschung, Lehre und Erziehung ihre Persönlichkeit. In eigener Verantwortung bestimmen sie über die Wege, die sie in der Lehre gehen wollen, in Sicherheit und frei von diskriminierenden Eingriffen verwirklichen sie ihre Forschungsvorhaben, gemeinsam mit den gesellschaftlichen Organisationen prägen sie das Antlitz des zukünftigen Akademikers der sozialistischen Gesellschaft.

Universitätszeitung, 6. 10. 1959, S. 6

Zum UZ-Pressfest am 10. Oktober in allen Sälen des Zoo

Großer Buchbasar mit Autoren der Karl-Marx-Universität

Prof. Dr. Hedwig Voegt — Prof. Dr. R. O. Gropp
Prof. Dr. Dr. Erich Kolb — Prof. Dr. Hans Mayer
Prof. Dr. Wilhelm Treibs
und weitere Wissenschaftler signieren ihre Werke
Die wertvolle Festschrift zur 550-Jahr-Feier der Karl-Marx-Universität ist hier erhältlich